basler stadtbuch cms
Christoph Merian Stiftung

Die Universität Basel - auf dem Weg zur Provinzuniversität ?

Autor(en): René L. Frey

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1984

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/2054010a-1c4c-4783-bcc5-631e1a8696ef

Nutzungsbedingungen
Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.
http://www.cms-basel.ch
https://www.baslerstadtbuch.ch

René L. Frey

Die Universität Basel – auf dem Weg zur Provinzuniversität?

Die Universität Basel stellt insofern ein Unikum dar, als sie faktisch von einer mittelgrossen Stadt getragen wird. Bereits in früheren Zeiten haben sich daraus immer wieder Probleme ergeben, beispielsweise im Anschluss an die Kantonstrennung von 1833. Seit den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts ist die schmale Abstützung für die Universität dadurch zu einer echten Existenzbedrohung geworden, dass Basel-Stadt unter einem kontinuierlichen Bevölkerungsschwund zu leiden begann und heute nur noch weniger als 200 000 Einwohner aufweist. Zwischen den Ansprüchen, die eine moderne Hochschule stellt, und den zur Verfügung stehenden Mitteln begann sich stets sichtbarer eine Diskrepanz zu zeigen. Auch wenn diese Diskrepanz durch Subventionen des Bundes und Forschungsgelder des Schweizerischen Nationalfonds, seit 1976 durch Beiträge des Kantons Basel-Landschaft und seit 1983 auch durch Zahlungen der Nichthochschul-Kantone beträchtlich verringert werden konnte, so blieb – jedenfalls aus der Sicht der Universitätsangehörigen – die Gefahr doch bestehen, dass die verordneten Beschränkungen im personellen und im finanziellen Bereich längerfristig Existenz und Ruf der Universität Basel gefährden könnten.

Die Frage drängt sich auf: Wird die Universität Basel zur ‹Provinzuniversität›?

Vom alten zum neuen Universitätsvertrag mit Baselland

Im Basler Stadtbuch 1976 (S. 132) schrieb der damalige Basler Erziehungsdirektor, Arnold Schneider: «Seit Jahren sind sich die Basler Behörden darüber im klaren, dass gerade die Universität ein gutes Beispiel für eine partnerschaftliche Lösung sein könnte ... Eine gemeinsame Trägerschaft der Universität liegt im wohlverstandenen Interesse der beiden Kantone, ihrer Bevölkerung und ganz besonders auch der Universität. Dabei handelt es sich nicht in allererster Linie um ein finanzielles Problem, auch wenn dies zeitweise gar arg im Vordergrund stehen mag. Wichtig ist, dass die Basler Universität auf die Dauer von einer grösseren, breiter gestreuten Bevölkerung als bisher getragen und als *ihre* Universität betrachtet wird.»

Es wurde allgemein mit dankbarer Erleichterung gewertet, als die Baselbieter Bevölkerung im Jahre 1976 einem Universitätsvertrag zwischen den beiden Basel zustimmte, und zwar sehr deutlich. Im Rahmen dieses Vertrages leistet Baselland «einen befristeten Beitrag an die Betriebskosten der Universität Basel». Die Leistungen stiegen von 10 auf 20 Millionen Franken pro Jahr, seit 1981 zuzüglich Teuerungszuschlag. Diese Zahlungen bildeten insofern eine spürbare Hilfe, als zahlreiche Lehraufträge, Lektorate sowie einige feste Stellen nur dank den zusätzlichen Mitteln von

Baselland bewilligt werden konnten. Eine Existenzsicherung für die Universität war der Baselbieter Beitrag indessen noch nicht. Er war befristet, zunächst auf fünf Jahre, erstreckbar längstens bis Ende 1985.
Am 7. Mai 1984 haben die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft einen neuen Vertrag abgeschlossen. Zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Aufsatzes (Oktober 1984) steht die Genehmigung durch die beiden Parlamente noch aus, doch zeigt sich keine Opposition. Dieser neue Vertrag setzt an die Stelle «eines befristeten Beitrags an die Betriebskosten» die «Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an der Universität Basel». Zwar bleibt die Universität Basel weiterhin eine baselstädtische Einrichtung (Universitätsgesetz, Budgetrecht, Wahlen usw.), doch bekommt Baselland bei den Planungen, bei der Vorbereitung der formellen Schlussentscheide sowie bei etlichen Vollzugserlassen und bei einer Vielzahl von Kontrollen Teilnahmerechte. «Und derartige inhaltlich (materielle) Mitwirkungen können bekanntlich häufig wirksamer sein als förmliche Schlussentscheidungen». (Kurt Eichenberger)
Die basellandschaftliche Partizipation zeigt sich vor allem in drei institutionellen Neuerungen: erstens der Schaffung einer Regierungsrätlichen Delegation aus je zwei Mitgliedern der Regierungen der Partnerkantone, zweitens der Einsitznahme von Delegierten beider Kantone in die Koordinationskommission (Planungsgremium der Universität) und drittens die Entsendung von zwei Mitgliedern (statt einem) in die fünfköpfige Kuratel (Aufsichtsorgan der Universität).
Baselland wird von 1986 an jährlich 27 Millionen Franken (zuzüglich Teuerungszuschlag) an die Universität Basel zahlen. Hinzu kommen, wie bisher, Leistungen an die Klinische Lehre und Forschung im Rahmen des besonderen Spitalabkommens (1983 6,7 Millionen Franken). Der neue Vertrag ist auf zehn Jahre fest abgeschlossen (unter Kündigungsvorbehalt), kann jedoch verändert oder unverändert fortgeführt werden.

Die regionale Ausstrahlung der Universität Basel

Ist dieser zweite Schritt in Richtung auf eine Universität beider Basel sinnvoll? Oder wäre besser eine grundsätzlich andere Lösung anzustreben? Diese Fragen waren Gegenstand einer wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Untersuchung, die im Rahmen eines Nationalfondsprojekts durchgeführt und 1984 in der Schriftenreihe der Regio unter dem Titel ‹Die regionale Ausstrahlung der Universität Basel› publiziert wurde[1]. Es ging in dieser Studie vor allem darum, die Verflechtungen der Basler Hochschule mit ihrer räumlichen Umwelt zu ermitteln.
Die umfassende empirische Erfassung der regionalen Ausstrahlung einer Universität bedingt, dass streng zwischen folgenden drei – in der praktischen Diskussion oft vermischten – Fragen unterschieden wird:
1. Aus welchen Regionen kommen die finanziellen Mittel der Universität, und in welche Regionen fliessen ihre Ausgaben?
2. Welchen Regionen gehören die Personen und Unternehmungen an, welche universitäre Leistungen in Anspruch nehmen, und welche Regionen kommen für die Kosten auf?
3. Welche Regionen haben, langfristig gesehen, am meisten Vorteile von der Universität Basel?
Zur Beantwortung dieser Fragen sind für die zitierte Studie alle vorhandenen Statistiken (vor allem Studenten- und Dozentenstatistik sowie Staatsrechnung) ausgewertet worden. Überdies wurden mit einem speziellen Frage-

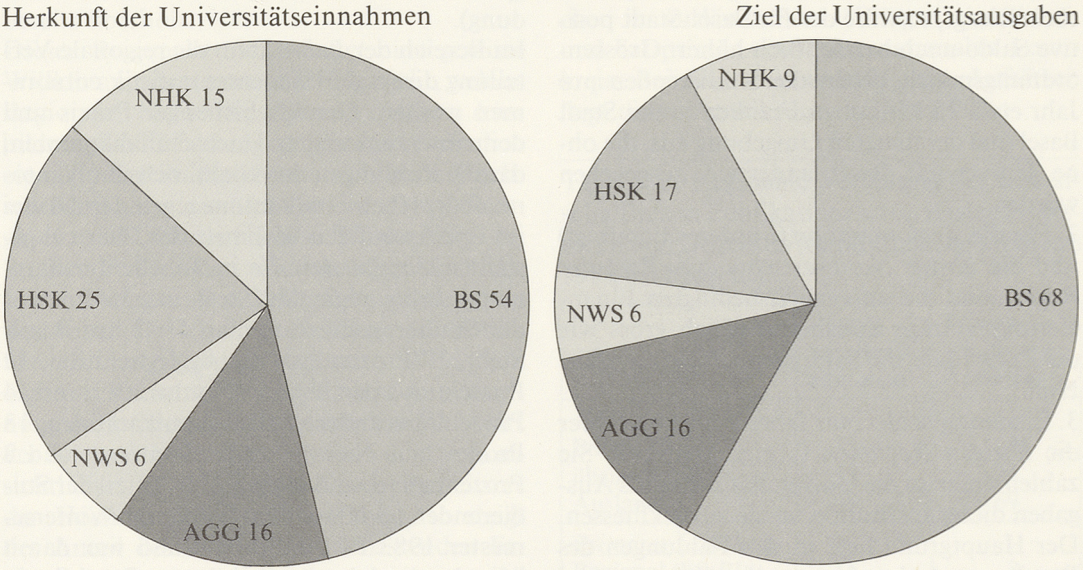
bogen alle Professoren und Dozenten mit mehr als 50%iger Beschäftigung an der Universität Basel sowie alle Institute und Seminare bezüglich ihrer wissenschaftlichen Aktivitäten befragt und zahlreiche Interviews mit Universitätsangehörigen und Fachleuten aus der Verwaltung durchgeführt. Einbezogen wurden alle Fakultäten, die Universitätsbibliothek, die Rechenzentren, die Seniorenuniversität und die Volkshochschule, ausgeklammert – und dies zu beachten ist sehr wichtig – die gesamte klinische Medizin mit ihren Instituten und Kliniken (wegen bei der Medizin weitgehend anders gelagerten Problemen)[2], das Institut für Sport sowie das Institut für Spezielle Pädagogik und Psychologie, die Studien- und Studentenberatung, die Museen im Universitätsgut, die Studentenheime und die Studierenden selber.

Die so abgegrenzte ‹Universität Basel› zählte im Untersuchungsjahr 1982 5241 Studierende und über 1000 Mitarbeiter. Ihre Gesamtausgaben beliefen sich auf 120 Millionen Franken.

Die regionale Herkunft der Mittel und deren Verwendung

In einem ersten Schritt wurden die Universitätsausgaben von 120 Millionen Franken und die gesamten zu ihrer Finanzierung erforderlichen Mittel Posten für Posten daraufhin analysiert und geprüft, in welche Regionen sie

Abbildung 1: Verteilung der Einnahmen und Ausgaben der Universität Basel (ohne klinische Medizin) nach Regionen, 1982 (in Millionen Franken).



BS = Kanton Basel-Stadt; AGG = Agglomerationsgürtel (Unteres Baselbiet); NWS = Übrige Nordwestschweiz (Oberes Baselbiet, Bezirke Laufen [BE], Dorneck und Thierstein [SO], Rheinfelden und Laufenburg [AG]); HSK = Übrige Hochschulkantone; NHK = Nichthochschulkantone.

fliessen beziehungsweise aus welchen sie stammen. Es ergaben sich dabei die in Abbildung 1 dargestellten Verteilungen.
Drei Hauptergebnisse seien speziell festgehalten:
1. Für *Basel-Stadt* ist der Saldo der Geldströme eindeutig positiv: 1982 hatten die Basler dank der Universität ungefähr 14 Millionen Franken mehr Geld zur Verfügung, weil sie weniger Finanzierungsbeiträge (Gebühren, Steuermittel usw.) leisteten, als ihnen Ausgaben der Universität zuflossen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Universitätspersonal in Hochschulnähe wohnt, folglich die Lohnzahlungen schwergewichtig hier anfallen. Auch die Materialkäufe erfolgen vorwiegend in der Nähe. Je Durchschnittsbasler betrug der Nettogeldzustrom 1982 fast 70 Franken. Würden die Einnahmen und Ausgaben der Studierenden (für Lebensunterhalt, Literatur, Freizeit usw.) ebenfalls berücksichtigt, so wäre der für Basel-Stadt positive Saldo noch beträchtlich höher. Grössenordnungsmässig geben die Studierenden pro Jahr etwa 25 Millionen Franken in der Stadt Basel und der näheren Umgebung aus, die ohne Universität Basel anderswo ausgegeben würden.
2. Für die *Agglomeration* (= unteres Baselbiet) und die *übrige Nordwestschweiz* (= Rest der Regio) sind die universitätsbedingten Finanzierungsbeiträge annähernd gleich gross wie die Rückflüsse, die Saldi demzufolge ungefähr Null.
3. Eindeutig schlechter fahren demgegenüber die *übrigen Regionen* (übrige Schweiz): Sie zahlen mehr an die Universität Basel, als Ausgaben dieser Institution an sie zurückfliessen. Der Hauptgrund liegt in den Zahlungen des Bundes und des Nationalfonds von rund 20 Millionen Franken. Der negative Saldo betrug 1982 für die übrigen Hochschulkantone insgesamt rund 8 Millionen Franken, für die Gruppe der Nichthochschulkantone etwa 6 Millionen Franken. Je Einwohner fallen diese negativen Saldi allerdings kaum ins Gewicht; sie betrugen lediglich 2 bis 3 Franken.

Inanspruchnahme der Leistungen der Universität Basel

Eine solche Analyse der mit der Universität Basel zusammenhängenden Zahlungsströme ist durchaus interessant, sie vernachlässigt jedoch den eigentlichen Zweck der Universität. Hochschulen werden ja nicht betrieben, damit Einkommen entstehen, sondern zur Pflege der Wissenschaft. Konkret: Die Universität hat Studierende auszubilden (Lehre), das Wissen zu vergrössern (Forschung) und die Anwendung des vorhandenen und neuen Wissens in der Praxis zu erleichtern (Beratung). Hinzu kommt eine Reihe von Dienstleistungen (beispielsweise im Bereich der Erwachsenenbildung).
Im Bereich der *Lehre* kann die regionale Verteilung direkt der Studentenstatistik entnommen werden. Gemäss bisheriger Praxis und dem interkantonalen Hochschulabkommen, das die Zahlungen der Nichthochschulkantone an die Hochschulkantone regelt, wird dabei im Prinzip auf den Wohnsitz der Eltern abgestellt. Es ergibt sich die in Tabelle 1 zusammengestellte regionale Struktur: 35 Prozent der Studierenden stammten 1982 aus Basel-Stadt, 27 Prozent aus der Agglomeration, 12 Prozent aus der übrigen Nordwestschweiz, 4 Prozent aus anderen Hochschulkantonen, 13 Prozent aus Nichthochschulkantonen und 9 Prozent aus dem Ausland. Der Anteil der Studierenden aus Baselland betrug im Wintersemester 1983/84 34 Prozent und war damit beinahe gleich hoch wie jener von Basel-Stadt. Bei den Neuimmatrikulierten des Studienjahres 1983 haben die Baselbieter mit 36 Prozent

Tabelle 1: Studierende an der Universität Basel (ohne klinische Medizin) nach der Herkunft (Wohnsitz der Eltern), 1982.

Region*	Studierende**			Akademikerquote****
	Anzahl	%	Quote***	
BS	1841	35	9,0	2,9
AGG	1407	27	9,3	2,1
NWS	615	12	3,9	1,5
HSK	200	4	0,1	1,8
NHK	711	13	0,3	1,0
Ausland	467	9	–	–
Total	5241	100	0,8	1,5

* Abkürzungen vgl. Legende zu Abbildung 1
** an der Universität Basel
*** je 1000 Einwohner
**** je 100 Einwohner

die Baselstädter mit 32 Prozent zahlenmässig bereits überholt.

Dieser Regionalstruktur haftet eine gewisse Willkür an, wenn es um die Frage geht, welche Region den Nutzen aus der universitären Ausbildung hat. Erfahrungsgemäss kehrt nämlich ein Teil der Studierenden nach dem Hochschulabschluss gar nicht in die Herkunftsregion zurück, sondern lässt sich in der Nähe des Studienortes nieder, was aus der Sicht der Herkunftsregion den Verlust des im Rahmen der voruniversitären Ausbildung entstandenen ‹Bildungskapitals› bedeutet. Wird dem dadurch Rechnung getragen, dass die Zuordnung des Lehrertrags statt nach dem Wohnsitz der Eltern der Studierenden nach dem voraussichtlichen künftigen Wohn- oder Arbeitsort der Hochschulabsolventen erfolgt, so steigt der Anteil des Basel-Stadt zufliessenden Ertrags von den in Tabelle 1 ausgewiesenen 35 Prozent auf grössenordnungsmässig 40 bis 50 Prozent. Umgekehrt sinkt der Anteil der übrigen, insbesondere der wirtschaftlich weniger entwickelten und peripheren Kantone.

Wie auch immer, im Bereich der Lehre geht von der Universität Basel heute – von einzelnen Fächern abgesehen – eine recht bescheidene Ausstrahlung aus. Sie ‹versorgt› fast nur die eigene Region. Das Bild von der Provinzuniversität ist in diesem Zusammenhang gar nicht so verfehlt. Es ist hier nicht der Ort, um auf die Gründe für diesen wenig erfreulichen Tatbestand einzugehen. Zu einem guten Teil dürfte er an immer undurchlässigeren Barrieren institutioneller Art im schweizerischen und im internationalen Hochschulsystem zu suchen sein.

Völlig anders ist das Bild, wenn die regionale Ausstrahlung der an der Universität Basel betriebenen *Forschung* analysiert wird. Wie Tabelle 2 zeigt, ist über die Hälfte der von den befragten Basler Professoren und Dozenten 1982 publizierten und herausgegebenen Bücher in ausländischen Verlagen erschienen und hat primär einen internationalen Leserkreis. Bei den wissenschaftlichen Aufsätzen liegt dieser Anteil sogar bei etwa 70%.

Tabelle 2: Regionale Verteilung der wissenschaftlichen Publikationen von Basler Professoren und Dozenten (ohne klinische Medizin) 1982 (in Prozent)

	Bücher und Buchedition	Wissenschaftliche Aufsätze
Verlagsort		
BS/BL	12	7
übrige Schweiz	39	24
Ausland	49	69
Primärer Leserkreis		
Regional (BS/BL)	5	3
National	41	26
International	54	71

Tabelle 3: Regionale Verteilung der Beratungstätigkeit von Angehörigen der Universität Basel (ohne klinische Medizin), 1982 (Prozent)

	Gutachten (Arbeitstage)	Kommissionen (Sitze)	Vorträge	Zeitungs-artikel
Basel-Stadt	30	23	12	34
Baselland	8	8	4	16
Übr. Kantone	15	15	39	34
Bund/SNF	34	28	–	–
Ausland	13	26	45	16

SNF = Schweiz. Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Tabelle 3 zeigt, in welcher Form die befragten Dozenten in der *Beratung* (im weitesten Sinne) tätig sind: als Gutachter, als Mitglieder von ausseruniversitären wissenschaftlichen oder Expertenkommissionen, als Referenten oder als Verfasser von Zeitungsartikeln. Auch hier wird die starke regionale und internationale Ausstrahlung der Universität Basel sichtbar.

Bei den *sonstigen Dienstleistungen* lassen sich die Nutzniesser verhältnismässig genau erfassen: Im Falle der Volkshochschulkurse und der Seniorenuniversität ist der Wohnort der Teilnehmer bekannt, ebenso die Region des Auftraggebers bei den Analysen, Gutachten und Materialverkäufen der naturwissenschaftlichen Institute. Etwa ein Fünftel dieser übrigen Dienstleistungen kommt Personen und Unternehmungen aus Basel-Stadt zugute, rund 10% solchen aus Baselland. Das Schwergewicht liegt jedoch bei den übrigen Hochschulkantonen (30%) und den Nichthochschulkantonen (20%).

In Abbildung 2 sind die sich aus Lehre, Forschung, Beratung sowie sonstigen Dienstleistungen zusammensetzenden gesamten Erträge der Universität Basel den insgesamt getragenen Kosten nach Regionen gegenübergestellt. Es zeigen sich dabei völlig andere Ergebnisse als bei den Zahlungsströmen, wie sie in Abbildung 1 dargestellt worden sind:

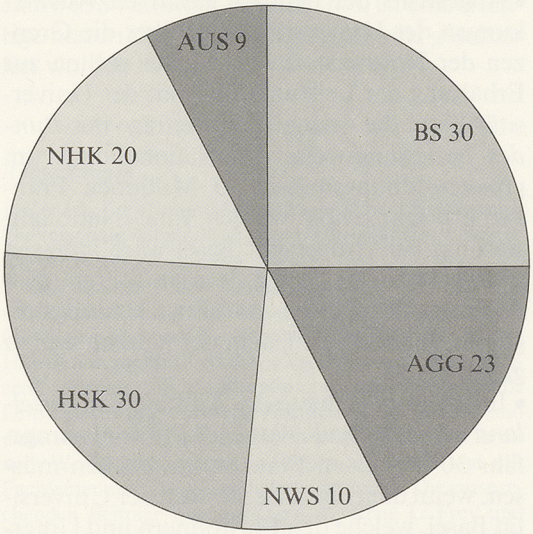
- Für Basel-Stadt sind die Kosten aus dem Betrieb der Universität Basel um etwa 26 Millionen Franken höher als die Erträge aus der Inanspruchnahme von Universitätsleistungen durch Basler Personen und Unternehmungen. Je Durchschnittsbasler macht diese Differenz über 120 Franken aus.
- Die Einwohner und Unternehmungen aller anderen Regionen nehmen mehr Leistungen der Universität in Anspruch, als ihrem Beitrag an die Kosten entspricht. Sie profitieren also per saldo von ihrer Existenz.
- Den höchsten Gewinn erzielen – trotz Abgeltungszahlungen von Baselland – die Agglomerationsgemeinden mit insgesamt über 7 Millionen Franken oder 48 Franken je Einwohner, gefolgt von der übrigen Nordwestschweiz mit 4 Millionen Franken oder 26 Franken je Einwohner.
- Die Gewinne der übrigen schweizerischen Regionen (Hochschul- und Nichthochschulkantone) machen je insgesamt etwa 5 Millionen Franken aus, fallen jedoch je Einwohner mit einem bis zwei Franken kaum ins Gewicht.

Wem bringt die Universität Basel einen Nutzen?

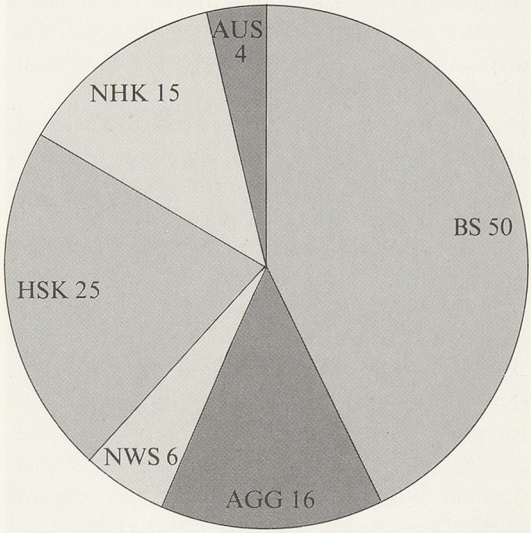
Die vorgestellten Schätzungen der regionalen Verteilungswirkungen der Universität Basel besagen, dass, rein geldmässig gesehen, diese Institution für Basel-Stadt ein ‹gutes Geschäft› ist, weil sie per saldo einen Zustrom an Geld bewirkt. Unter dem Gesichtspunkt des eigentlichen Universitätsauftrags handelt es sich indessen für Basel-Stadt insofern um ein ‹Verlustgeschäft›, als der Wert der durch Baselstädter in Anspruch genommenen Universitätsleistungen deutlich tiefer ist als die durch sie insgesamt getragenen Kosten.
Nun könnte es durchaus sein, dass das subjektive Empfinden der Bevölkerung (und der Politiker) über den Nutzen, den die Universität Basel stiftet, nicht den ermittelten Ertrags-Kosten-Saldi entspricht und je nach Region unterschiedlich ausfällt. Leider ist es nicht möglich, quantitativ die mit der Existenz der Universität Basel verbundenen Nutzen (= Vorteile) und Kosten (= Nachteile) zu ermitteln. Es kann jedoch grob abgeschätzt werden, in welche Richtung die vorgestellten Ergebnisse zu modifizieren sind. Dabei müssen insbesondere zwei immaterielle Faktoren berücksichtigt werden: Erstens dürfte der Nutzen universitärer Leistungen um so grösser sein, je mehr entsprechende Leistungen in einer Region insgesamt bereits in Anspruch genommen worden

Abbildung 2: Inanspruchnahme von Leistungen der Universität Basel (Erträge) und Kosten nach Regionen (ohne klinische Medizin), 1982 (in Millionen Franken).

Erträge aus der Inanspruchnahme von Leistungen der Universität Basel



Anteil an den Kosten



Abkürzungen vgl. Legende zu Abbildung 1; AUS = Ausland.

sind. Dies spricht dafür, dass die Bevölkerung der Standortregion und ihrer näheren Umgebung mehr von der Universität hat, als die obigen frankenmässigen Schätzungen vermuten liessen. Zweitens können Universitäten auch als Mittel zur Verwirklichung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Ziele angesehen werden. Im wirtschaftlichen Bereich beispielsweise ist an die Magnetwirkungen zu denken, welche Hochschulen auf Unternehmungen und Arbeitsplätze ausüben können. Auch dies spricht dafür, dass der Trägerkanton und seine nähere Umgebung dank der Universität über einen gewissen, freilich nur schlecht zu quantifizierenden Standortvorteil verfügen.

Die Berücksichtigung dieser qualitativen Faktoren ergibt, dass der negative Saldo im Vergleich zur Ertrags-Kosten-Ebene für Basel-Stadt wohl etwas kleiner wird, aber mit grosser Wahrscheinlichkeit negativ bleibt. Der positive Saldo der Agglomeration dürfte noch höher, jener der übrigen Nordwestschweiz dagegen etwas tiefer ausfallen. Der positive Saldo der übrigen Hochschulkantone dürfte sich leicht erhöhen, während jener der Nichthochschulkantone möglicherweise verschwindet, jedoch kaum negativ wird.

Im Lichte dieser Ergebnisse verwundert es eigentlich kaum mehr, dass der Kanton Basel-Stadt als Hauptträger bemüht ist, durch Personalabbau beziehungsweise -plafonierung seine Universität zu redimensionieren und andere Kantone stärker zur Mitfinanzierung heranzuziehen und so das für sich selbst ungünstige Ertrags-Kosten- beziehungsweise Nutzen-Kosten-Verhältnis zu verbessern. Anders formuliert: Die Anreize für Basel, mehr für seine Universität zu tun, sind heute eher gering. Früher, als der Anteil der Studierenden aus Basel-Stadt noch höher war und ein grösserer Teil des Nutzens Basel zufloss, hat diese Gefahr nicht bestanden.

Ein paar Folgerungen

Die hier zusammengefasste Untersuchung hat gezeigt, dass im Falle der Universität Basel eine Diskrepanz zwischen dem räumlichen Kreis der Nutzniesser sowie dem räumlichen Kreis der Kosten- und Entscheidungsträger besteht. Eine solche Diskrepanz hat zwei unerwünschte Konsequenzen: Zum einen führt sie tendenziell zu einer aus übergeordneter, nationaler Sicht suboptimalen Dimensionierung und Struktur der Universität Basel und des schweizerischen Hochschulsystems. Zum anderen wird eine solche Situation als ungerecht empfunden: Diejenigen Körperschaften, die mehr Kosten tragen, als sie an universitären Leistungen in Anspruch nehmen, fühlen sich – überspitzt formuliert – ‹ausgebeutet›.

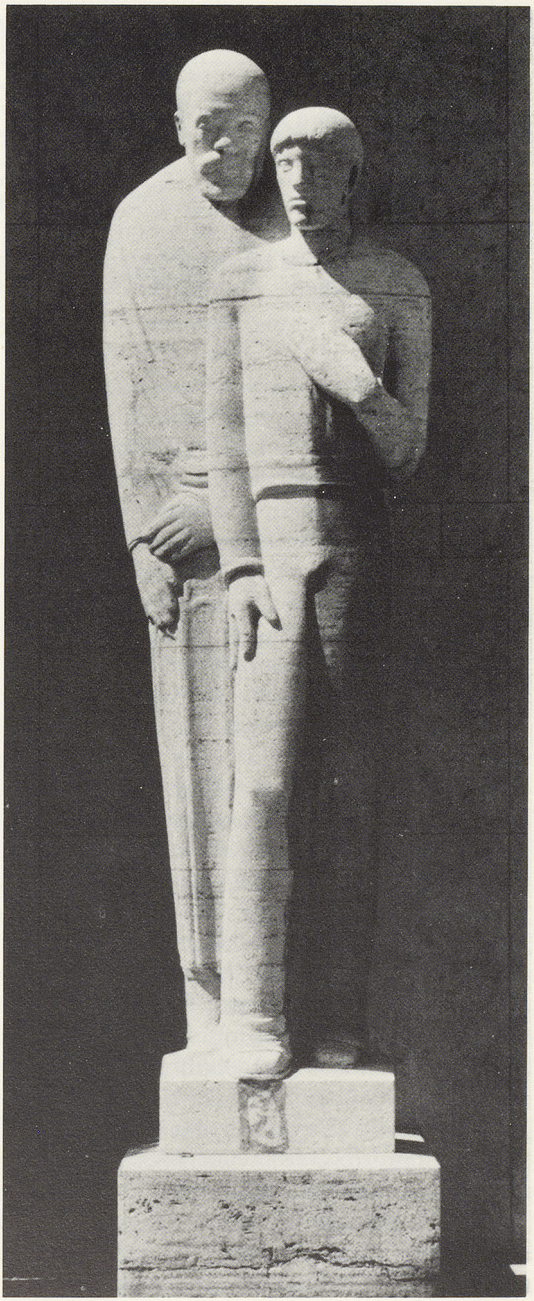
Es ist primär Sache der politischen Instanzen, diese Gefahren zu werten und daraus Folgerungen zu ziehen. Aus meiner persönlichen Sicht sind es die folgenden:

- Angesichts der deutlich positiven Auswirkungen der Universität Basel über die Grenzen der Nordwestschweiz hinaus sollten zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Universität Basel die finanziellen Beiträge des *Bundes* beziehungsweise des Nationalfonds um grössenordnungsmässig 10 Millionen Franken pro Jahr erhöht werden. Eine ‹Nationalisierung› der Universität Basel wäre indessen unzweckmässig; sie würde dazu führen, dass der Kreis der Kosten- und Entscheidungsträger im Vergleich zu jenem der Nutzniesser zu gross würde.
- Im Jahre 1982 hätte die Zahlung von *Baselland* an Basel-Stadt statt 21,7 Millionen ungefähr 30 Millionen Franken ausmachen müssen, wenn diejenigen Leistungen der Universität Basel, welche den Einwohnern und Unternehmungen von Baselland zugute gekommen

sind, voll hätten abgegolten werden sollen. Die von 1986 an im Rahmen des neuen Universitätsvertrags vorgesehene Aufstockung geht somit eindeutig in die richtige Richtung. In Anbetracht der unvermeidlichen Ungenauigkeit und Unvollständigkeit der zitierten Studie entspricht der neue Baselbieter Beitrag an die Universität Basel weitgehend dem, was aus gesamtwirtschaftlicher Sicht als angebracht erscheint.

• Angesichts der im Zuge der Suburbanisation auch für die Zukunft zu erwartenden weiteren Ausdehnung des Nutzniesserkreises in die Region hinaus drängt sich längerfristig die Schaffung einer *Universität beider Basel,* wenn nicht gar (sehr langfristig) einer Universität Nordwestschweiz, auf.

Weit wichtiger als die Bewältigung dieser finanziellen und organisatorischen Probleme ist indessen, dass der liberale, weltoffene und kritische Geist erhalten bleibt, der allein die Universität vor der Provinzialisierung bewahren kann. Mit den Verbesserungen, die im Jahre 1984 erreicht worden sind, ist eine wichtige materielle Voraussetzung hierfür geschaffen worden.



Anmerkungen:

1 René L. Frey (unter Mitarbeit von Marcel Kaufmann): Die regionale Ausstrahlung der Universität Basel. Schriften der Regio Nr. 8. Basel 1984.

2 Eine analoge Untersuchung für andere Teile der Universität Basel beziehungsweise andere Basler Institutionen (das Biozentrum und das Kantonsspital Basel) ist von Urs Häusel durchgeführt worden. Zusammen mit einem Dutzend weiterer Infrastruktureinrichtungen (darunter die Universität Zürich und die Hochschule St. Gallen) sind diese sogenannten Inzidenzstudien im April 1984 in einem Wenkenhof-Seminar in Riehen vorgestellt und mit Fachleuten und Politikern diskutiert worden. Die entsprechenden Beiträge sind publiziert in: René L. Frey und Ernst A. Brugger (Hrsg.): Infrastruktur, Spillovers und Regionalpolitik. Verlag Rüegger, Diessenhofen 1984.